CDU CSU Fraktion im Deutschen Bundestag
Landesgruppe Niedersachsen

Berlin, 1. Juni 2017

Herausgeber

Dr. Mathias Middelberg MdB

Redaktion

Stefan Krüppel
030. 227-79498

Telefax
030. 227-70139

stefan.krueppel@cducsu.de
www.lg-nds.de

„SPD-Vorschläge zur Inneren Sicherheit unglaubwürdig“

„Die Vorschläge, die SPD-Kanzlerkandidat Schulz und der Niedersächsische Innenminister Pistorius heute zur Inneren Sicherheit unterbreitet haben, sind unglaubwürdig,“ kritisiert der Vorsitzende der Landesgruppe Niedersachsen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Mathias Middelberg. „Zum Teil schwenkt die SPD nur auf Positionen der Union ein, zum anderen Teil dürfte die Umsetzung in der eigenen Partei und Fraktion schwierig sein.“

„Die Forderung nach Verbesserungen beim **Einbruchsschutz durch steuerliche Förderung** entsprechender privater Investitionen kommt ursprünglich vom CDU-Fraktionsvorsitzenden Volker Kauder. Er hatte schon im Mai 2015 eine steuerliche Förderung solcher Investitionen zum Einbruchsschutz gefordert“, betont Middelberg. Die SPD-Bundestagsfraktion lehnte den Vorstoß damals ab. Eine steuerliche Förderung sei ungerecht. CDU und SPD verständigten sich danach auf ein entsprechendes KfW-Förder-programm. Das wurde im November 2015 gesetzgeberisch umgesetzt und im März dieses Jahres ausgeweitet.

„Die Forderung nach mehr **Videoüberwachung** ist hilfreich. Auch hier schwenkt die SPD auf uns ein“, so Middelberg. „Die Praxis in den Bundesländern, in denen die SPD regiert, zeigt aber, dass Sozialdemokraten diese Forderung tatsächlich nicht umsetzen. Das dramatischte Beispiel ist Berlin. Hier wurde selbst nach dem verheerenden Anschlag auf dem Breitscheidplatz und nach zahlreichen aufgezeichneten Straftaten in den Berliner S- und U-Bahnhöfen die Videoüberwachung nicht ausgeweitet.“

„Der Stichwortgeber für Martin Schulz, Innenminister Pistorius, hat übrigens Niedersachsen keine Bilanz, die ihn als Ratgeber in Sachen Innere Sicherheit empfiehlt:

- Pistorius ist zwar nicht der Rekordhalter bei den Wohnungseinbrüchen, wie der abgewählte SPD-Kollege in NRW. Niedersachsen kommt aber auch schon auf fast 4 mal so viele Wohnungseinbrüche wie in Bayern (Kriminalitätsstatistik 2016). Das ist sicher kein Qualitätsausweis für effiziente Verbrechensbekämpfung“, findet der Vorsitzende der Landesgruppe.

- Die drittgefährlichste Stadt in Deutschland ist nach der Kriminalitätsstatistik Hannover mit 15.764 Straftaten pro 100.000 Einwohner. In München dagegen gab es nur halb so viele Straftaten (7.909).

- Die Wahrscheinlichkeit in Niedersachsen Opfer einer Gewalttat zu werden, ist um 50 % höher als in Bayern. Dort gab es 2016 164,3 Gewalttaten auf 100.000 Einwohner, in Niedersachsen waren es 243,1.

- Niedersachsen schiebt zwar einzelne Gefährder ab, andererseits ist das Land neben NRW der Hotspot für radikale Islamisten und Salafisten.

- Noch im August 2016 erklärte der Niedersächsische Innenminister, eine Fußfessel für sogenannte Gefährder sei „nicht zielführend". Sechs Monate später begrüßte er den Gesetzentwurf der Bundesregierung, die Fußfessel einzuführen als „hilfreiches Instrument zur Überwachung von Gefährdern".

- Im rot-grünen Koalitionsvertrag in Niedersachsen heißt es, die Abschiebehaft sei abzuschaffen. Die Abschiebehaftanstalt Langenhagen sollte geschlossen werden. Dann überlegte es sich die Landesregierung anders. Die Plätze für die Abschiebehaft sollen nun vervierfacht werden.

Insofern hat Schulz Recht, wenn er sagt: „Für mich ist Innenpolitik denkbar schlecht geeignet für den Wahlkampf." – Das stimmt sicher für die SPD.